



An die Medienvertreter



## PRESSEERKLÄRUNG

Unternehmensverband der Metallindustrie für Dortmund und Umgebung e.V.:

### „Forderung der IG Metall wird als unverantwortlich zurückgewiesen“

Als „unverantwortlich“ bezeichnet der Unternehmensverband der Metallindustrie für Dortmund und Umgebung e.V. die Forderung der IG Metall nach einer Entgelterhöhung von 6 % und einem individuellen Anspruch auf Arbeitszeitverkürzung mit Entgeltausgleich zu Beginn der nordrhein-westfälischen Tarifverhandlungen im Dortmunder Signal Iduna Park am Donnerstag, den 16.11.2017.

Dirk Schroeder, Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes, erklärt hierzu: „Durch die Forderung der IG Metall wird die Belastbarkeitsgrenze von vielen vor allem mittelständischen Unternehmen unserer Region überschritten“. Schroeder warnt die Gewerkschaft bereits jetzt davor, einen Kompromiss in den Tarifverhandlungen durch Streiks zu erzwingen. „Die IG Metall verkennt die Realität vieler im harten Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten stehenden mittelständischen Unternehmen. Tendenzen zur Tariffucht sind bereits erkennbar“, so Schroeder. Er stehe zur Tarifpolitik, weil in Krisenzeiten bisher immer gute Lösungen der Tarifparteien gefunden worden seien und ruft die Gewerkschaft auf, in dieser Tarifrunde auf Streiks zu verzichten und eine Verhandlungslösung zu suchen, die auch Unternehmen in schwierigen Lagen gerecht werde.

Seit 2012 addieren sich die Tarifentgelterhöhungen in der Metall- und Elektroindustrie auf rund 20 %. Damit kommt den Mitarbeitern aufgrund der niedrigen Inflation ein Reallohnzuwachs von gut 12 % zugute, während die Produktivität im gleichen Zeitraum nur um 1 % gestiegen ist. Der Entgeltzuwachs wird folglich aus der Substanz der Unternehmen finanziert.

Neben der Entgelthöhe kritisiert der Unternehmensverband ebenfalls das geforderte Rückkehrrecht in Vollzeit. Wenn jemand sein gesetzliches Recht auf Teilzeit in Anspruch nimmt, ist das eine Sache, ein Rückkehrrecht in Vollzeit orientiere sich allerdings nicht an den betrieblichen Belangen und führe zu einem Überhang an vorhandenen Arbeitsstunden, dem der Arbeitgeber unter Umständen lediglich mit Kündigung von Arbeitsverhältnissen entgegen kann. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die IG Metall diesen Weg wirklich beschreiten will“, so Schroeder. Auch gebe es keine Begründung für den geforderten Teilentgeltausgleich für nicht geleistete Arbeit. Selbst wenn der



Teilzeitwunsch aus sozialen Gründen nachvollziehbar sei, dürften die Arbeitgeber nicht zum Entgeltausgleich herangezogen werden. „Es könne nicht gefordert werden, Beschäftigte dafür zu entschädigen, dass sie ihre Arbeitszeit reduzieren“, so Schroeder. Es gebe in den Unternehmen dann (neue) Teilzeitbeschäftigte mit Entgeltausgleich und (alte) Teilzeitbeschäftigte ohne Entgeltausgleich. Eine solche Ungleichbehandlung führe zur Unzufriedenheit der Mitarbeiter und sei zu vermeiden.

„Zudem sehen sich die heimischen Unternehmen aufgrund der erforderlichen Investitionen in den Bereichen Digitalisierung und Elektromobilität vor großen Herausforderungen. Mit einer Steigerung der Arbeitskosten gefährden wir nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch unseren Standort“, so Schroeder abschließend. Eine Weitergabe der Kostensteigerungen an den globalen Markt sei bei dem überwiegenden Anteil der Unternehmen nicht möglich. Abschließend fordert Schroeder die IG Metall auf, sich zu Beginn der Verhandlungen wieder der Realität zu stellen und eine Lösung am Verhandlungstisch für alle Unternehmen zu finden, so unterschiedlich deren wirtschaftliche Situation auch sein möge.

Der Unternehmensverband der Metallindustrie für Dortmund und Umgebung e.V. vertritt etwa 12.000 Beschäftigte in den tarifgebundenen Betrieben in Dortmund, Lünen und Castrop-Rauxel.

Dortmund, den 14. November 2017

Ernst-Peter Brasse  
Geschäftsführer  
Unternehmensverband der Metallindustrie  
für Dortmund und Umgebung e.V.